

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hof. Ad. Schlegel, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Olo. Nicksch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hof. Ad. Schlegel u. Vogler & Co.,
G. L. Paule & Co., Invalidenstr.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 39

Sonntag, 16. Januar.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 Mk. für die Stadt Posen, 5,45 Mk. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagzeilige Vertikale oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Amtliches.

Berlin, 15. Jan. Der König hat den Landgerichts-Rath Schmid in Osnabrück und den Landgerichts-Rath Thöl in Göttingen zu Ober-Landesgerichts-Räthen in Celle ernannt und dem Rechtsanwalt und Notar Schwider in Meppen den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar.

— Die Regulierung der Gehälter der Unterbeamten soll vom 1. April 1892 ab derart stattfinden, daß das Minimalgehalt sich erhöht um bestimmte Alterszulagen nach Maßgabe der Dienstzeit seit der etatsmäßigen Anstellung. Die Alterszulagen werden gewährt von drei zu drei Jahren und betragen je nach den verschiedenen Beamtenkategorien 60, 80 und 100 Mark. Für die Mehrzahl der Beamtenkategorien sind sieben Alterszulagen vorgesehen, so daß das Höchstgehalt nach 21 Jahren erreicht wird. Bei einzelnen Kategorien aber wird das Höchstgehalt schon nach 15 bis 18 Jahren erreicht. Der Gesamtaufwand an Gehältern für Unterbeamte wird nach völliger Durchführung des Systems nicht größer sein als gegenwärtig. Vorab aber treten vielfach Mehrausgaben ein. Bei einer Beförderung soll der Beamte keinesfalls einen Gehaltsabzug erleiden, sondern in diejenige Altersklasse des neuen Amtes eintreten, der sein bisheriges Einkommen entspricht. Bei der Eisenbahnverwaltung bestand diese Einrichtung bekanntlich schon. Dort wird an derselben, sofern einzelne abweichende Bestimmungen maßgebend waren, vorläufig nichts geändert.

— Der Justizminister hat jüngst aus Anlaß neuer Wahrnehmungen eines gewissen Mangels an rascher Vorbereitung und Aburtheilung, der in einzelnen gerade im Vorbergrunde der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Strafsachen zu Tage getreten sei, jüngst den Gerichten gegenüber die Nothwendigkeit hervorgehoben, vor allem die Strafprozesse mit Vermeidung jeder Verzögerung zu Ende zu führen.

— Die Rangliste der Offiziere und Aerzte der deutschen afrikanischen Schutztruppe wird in der neuesten Nummer des „Dsch. Kolonialbl.“ veröffentlicht. Der Posten des Kommandeurs ist unbesetzt. Oberführer ist Lieutenant Schmidt. Die Rangliste zählt zehn Kompanieführer, darunter einen à la suite, neunzehn Leutenants und neun Aerzte auf. Die bei der Expedition Beurlaubten sind Offiziere werden als „vermisst“ aufgeführt.

— Der Stapellauf der Kreuzerfregatte „H.“ hat am Freitag auf der Germania-Werft in Kiel stattgefunden. Prinz Heinrich taufte das Schiff auf den Namen „Kaiserin Augusta“.

— Der Streik der Buchdrucker ist jetzt als thatsächlich beendet zu betrachten; in einer von 3000 Gehilfen besuchten Versammlung in Berlin erklärten sich dieselben nach Bericht der Führer über den Stand der Sache für Wiederaufnahme der Arbeit. Derselbe Beschluß ist in Leipzig und Dresden gefaßt und gleichzeitig für ganz Deutschland die Parole ausgegeben, den Streik zu beenden.

Aus Bayern, 14. Jan. Der vor wenigen Tagen erfolgte Austritt des Universitätsprofessors Dr. v. Christ in München aus dem Obersten Schulrath scheint doch in anderen Dingen seinen Grund zu haben als man nach den ersten Neuierungen bayerischer Blätter annehmen mußte. Man ging bekanntlich überall von der Voraussetzung aus, daß er vom Kultusminister den Ministerialen geopfert worden sei, welche bekanntlich eine Stelle aus seiner jüngsten Rektoratsrede sehr trumm genommen haben. Nach der einen Lesart sagte Christ: „Wir (die Fakultäten) sind aus Institutionen des Mittelalters hervorgegangen und tragen in Kleidung und Gerecht die Insignien des geistlichen Standes, aber innerlich sind wir Kinder unseres Jahrhunderts und in der Gesamtheit längst nicht mehr an die Dogmen eines bestimmten kirchlichen Bekenntnisses gebunden.“ Nach der offiziellen Lesart sagte er jedoch nicht „Dogmen“, sondern „Schranten“. Wie dem auch sei, sein Rücktritt wurde mit dem hierüber entstandenen Streit in Verbindung gebracht. Von neutraler Seite wird der „F. Z.“ nun geschrieben, daß das nicht richtig ist. Der Kultusminister wird nicht gethan haben, ihn zu halten, aber sein Rücktritt wäre auch ohne das Redeereignis erfolgt. Professor Dr. v. Christ hatte sich durch persönliches Auftreten vielfach unbeliebt gemacht und es wird ihm auch ein böses Wort nachgesagt. Er soll, wie bestimmt verlautet wird, zu einem Bemerker um eine erledigte philologische Stelle gesagt haben: „Wenn ich nicht will, bekommen Sie die Stelle nicht!“ Die jetzt erst bekannt gewordene Neuierung soll unter dem Minister von Luz gefallen sein, der sehr viel auf seine Selbstständigkeit bei Ernennungen hielt. Gründlich Jäsko hat Dr. v. Christ jedoch mit dem durch ihn herbeigeführten zweiten philologischen Examen gemacht. Vier Jahre nach Abgang von der Universität müssen die in Schulfähigkeit getretenen Philologen ein schriftliches Examen ablegen, das rein literarisch ist und in schwierigen philologischen Untersuchungen besteht. Will der junge Lehrer diesen Anforderungen Genüge thun, so muß er die Schulfähigkeit vernachlässigen, und die gut erledigte Arbeit ist doch kein Beweis für seine intellektuelle Tüchtigkeit. Dieses Examen fällt nun weg und es wird dafür ein anderes, auf die pädagogische Befähigung des jungen Lehrers mehr Bedacht nehmendes gesetzt. Durch die angeführten Momente war die Stellung Christ's im Obersten Schulrath erschüttert worden, und wenn auch der Redevorgang nicht ganz ohne Einfluß auf seinen Rücktritt gewesen sein mag, so war er unzweifelhaft nicht die Hauptursache.

Rußland und Polen.

* Russische Gesetze sind nach dem „Westnik Finanzow“, dem offiziellen Blatt des Finanzministers, in Vorbereitung, um arabischen Mißbräuchen bei der Getreideausfuhr zu begegnen.

Unterforschungen auf den nach dem Auslande bestimmten mit Getreide befrachteten Schiffen hätten ergeben, daß mehr als die Hälfte des zu exportirenden Weizens mitunter bis zu 22 Proz. allen nur möglichen Unrath aufwies. Aus Roggensenbungen wurden oft 82 Proz. mit Sand belastet vorgefunden und in Gersteexporten ein Drittel. Es wurde an vielen Orten unterfälschtes Getreide in besonderen Speichern aufbewahrt, welches von Exporteuren und Maklern als preiswerth anerkannt und erworben wurde; sobald aber der Käufer sich entfernt habe, wurde aus den besonderen Kellern aufgeschleppten Massen Sand über die echten Waaren ausgeschüttet und verpackt. Solche Betrügereien kämen außerordentlich häufig vor.

Ägypten.

* Zu den bereits bekannten Einzelheiten über die ärztliche Behandlung des Khediv's sendet der Korrespondent des „Stand.“ in Kairo seinem Blatte noch den folgenden Bericht: „Der ägyptische Arzt Dr. Salem gab dem Khediv in der Nacht des 6. d. M. eine Morphiumeinspritzung und verließ darauf den Palast. Am nächsten Morgen bat der Khediv den an seiner Bettseite befindlichen Arzt zur Verringerung seiner Schmerzen um eine zweite Morphiumeinspritzung. Da der Arzt dies jedoch nicht aus eigener Verantwortung thun wollte, begab er sich zu der Khediv'schen, welche er um Rath fragte und um die Erlaubnis ersuchte, zu europäischen Doktoren senden zu dürfen. Sie erwiderte ihm, alle herbeizubringen, welche er nur finden könnte. — Obwohl sich im Palast eine Apotheke befindet, vermochten die Doktoren Comanos und Hef in ihr nicht die erforderlichen Arzneien aufzutreiben und mußten, um sie zu bekommen, einen Sonderzug nach Kairo entsenden. Nach Helwan zurückgekehrt, nahmen die beiden Aerzte eine persönliche Untersuchung des Kranken vor, wobei sich herausstellte, daß alles vorüber war. Dr. Comanos begab sich sodann nach unten und verständigte die im Palast anwesenden Personen, sich auf das Ende vorzubereiten. Um 8 Uhr Morgens schon hatte er Dr. Salem ersucht, den Minister und Verwandten des Khediv's von seinem gefährlichen Befinden Kenntniß zu geben. Es heißt, daß Dr. Salem dieser Anforderung nicht nachkam und von dem schlimmen Zustande der Jungen, welchen erst die Doktoren Hef und Comanos entdeckten, nichts wußte. Dr. Salem hatte täglich berichtet, daß der Khediv sich bessere, und selbst noch am dem Todestand, obwohl die Genesung schon unmöglich war, dahin gehende Telegramme verfaßt. Weder die Palastoffiziere noch die Minister haben den Khediv von dem Tage, an welchem er sich krank auf sein Zimmer zurückzog, gesehen. Dagegen gab ihnen noch am Donnerstag Dr. Salem die Versicherung, daß ein für nächste Woche arrangirtes Diner stattfinden könne und der Khediv daran theilnehmen werde.“

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt, die Wahl des Fürsten Bismarck für gültig zu erklären. Jedoch soll der Reichstanzler aufgefordert werden, gewisse Behauptungen über Verstöße der Wahlvorstände von Basbeck, Armstorf, Cadenberge, Büskow, Osterbrügge, Samstedt, Otterndorf und Altenwalde gegen § 9 Absatz 1 des Wahlgesetzes auf ihre Richtigkeit prüfen und eventuell durch geeignete Instruktionen ähnlichen Verstößen für die Zukunft vorbeugen zu lassen.

— Der neue Justizetat für 1892/93 weist im Ordinarium der Ausgaben ein Plus von 1523 950 Mk. auf. An neuen Stellen sind vorgesehen: ein Senatspräsident bei dem Kammergericht, 2 Kammergerichtsräthe, 2 Gerichtsschreiber beim Kammergericht und Oberlandesgericht in Köln. Für das neue Landgericht in Bochum, welches am 1. Oktober 1892 ins Leben tritt, ist weiterhin das nötige Personal vorgesehen, theilweise wird dasselbe durch frei werdende Beamte von den Landgerichten in Essen, Münster und Hagen, welche durch das neue Bochumer Landgericht erheblich entlastet werden, gedeckt. Ferner sind an neuen Stellen vorgesehen ein Amtsgerichtspräsident an dem Amtsgericht I in Berlin, 5 Landgerichtsdirektoren, und zwar 2 bei dem Landgericht I in Berlin, je 1 bei den Landgerichten in Beuthen O.-S., Köln und Allenstein, durchschnittlich 5700 Mark Gehalt. Weiterhin sind ausgeworfen an neuen Stellen für 31 Landrichter und Amtsrichter, und zwar 11 Landrichter (6 in Berlin I, 2 in Magdeburg, je 1 in Berlin II, Beuthen O.-S. und Tilsit), 20 Amtsrichter (3 in Berlin I, 1 in Rott und 1 in Altona, außerdem 15 im Bezirk Köln — von letzteren sind bestimmt 2 für Köln, je 1 für Barmen, Bonn, Cleve, Krefeld, Düyeldorf, Eberfeld, Gummersbach, Lennep, Merzig, Opladen, Ratingen, Solingen und Völklingen —). Weiterhin sind neue Stellen angesetzt für 3 Staatsanwälte beim Landgericht II Berlin, in Beuthen O.-S. und Magdeburg. Dazu kommen noch neue Stellen für 30 Gerichtsschreiber und Sekretäre und 15 Gerichtsschreibergehilfen, 2 Kanzlisten beim Landgericht I Berlin, 2 ständige Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin, 3 Kanzlisten beim Amtsgericht I daselbst; ferner je 2 Kanzlisten für Beuthen (Oberschlesien), je 1 für Breslau, Halle a. S. und Magdeburg. 12 neue Gerichtsvollzieher sind in Anlaß gebracht: 7 beim Amtsgericht I Berlin, je einer in Düsseldorf, Mülheim am Rhein, Duisburg, Allenstein, Halle a. S.

Das Extraordinarium des Justizetats beläuft sich auf 3 923 900 Mark. Erste Raten sind darunter vorgesehen für Landgericht und Amtsgericht in Königsberg i. Pr. ferner für Amtsgericht und Gefängnis in Zoppot, für Erbauung eines größeren Gefängnisses für die Geschäftsbezirke des Landgerichts I und II in Berlin. Weiter wird verlangt eine erste Rate für das Geschäftsgebäude und einen Erweiterungsbau des Gerichtsgefängnisses am Landgericht und Amtsgericht in Delitzsch. Dazu kommt eine erste Rate für ein amtsgerichtliches Gefängnis in Mittelwalde und eine erste Rate für ein Geschäftsgebäude beim Amtsgericht in Neuf.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen, 15. Jan.** [Schwurgericht.] Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gestern gegen die uneheliche Hedwig

Matuzewska aus Krzykoy wegen Kindesmordes verhandelt. Sie wurde von der Anklage dieses Verbrechens freigesprochen aber der Nichtanmeldung eines Kindes und Versteilung eines Leichnams für schuldig erklärt und dafür zu sechs Wochen Haft verurtheilt, wovon fünf Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

* **Posen, 16. Jan.** [Schwurgericht.] Der Arbeiter Johann Gottlieb Hoffmann aus Posen war in der Sitzung des hiesigen Schwurgerichts vom 2. und 3. Juli v. J. wegen eines an dem Knaben Arthur Berner im Glacis vor dem Wildthore hier begangenen Lustmordes zum Tode verurtheilt worden.

Das Reichsgericht hob diese Entscheidung aus formalen Gründen auf und verwies die Sache in die erste Instanz zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zurück.

Gestern und heute fand diese Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wiederrum wurde Angeklagter des Mordes für schuldig erklärt, deshalb zum Tode und mit Rücksicht auf die Rücksichtslosigkeit seiner That auch zum dauernden Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.

* **Berlin, 15. Jan.** [Mordprozeß Machus.] Der Fall Machus gelangte heute vor dem Schwurgerichte am Landgericht I zur Verhandlung. Des Diebstahls und des Mordes angeklagt ist das erst 18½-jährige Dienstmädchen Auguste Ernestine Wilhelmine Machus, welche beschuldigt wird: a. am 28. September 1891 ihrer Dienstherrin, dem in der Lützowstraße 58 wohnhaft gewesenen Fräulein Adler 320 Mark bares Geld gestohlen und b. am 4. Oktober das Fräulein Adler mit Vorlag und Ueberlegung getödtet zu haben. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet über den Prozeß: Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, dürfte noch allgemein in Erinnerung sein: Am 5. Oktober früh wurde Fräulein Adler im Berliner Zimmer ihrer Wohnung tot am Boden liegend vorgefunden. Bei der Section der Leiche ergab sich eine Anzahl von Verletzungen, darunter 4 Stiche in den Kopf, mehrere Rippenbrüche und Hautabschürfungen. Der Tod war aber nicht durch diese Verletzungen erfolgt, sondern durch Erwürgen, und es waren Anzeichen dafür vorhanden, daß dem Tode ein längerer Kampf vorhergegangen sein mußte. Unter der Leiche fand man ein Tranchirmesser. Die Nachricht von dem Tode des Fräulein Adler war am frühen Morgen des 5. Oktober durch die Machus, welche nach einem Tanzergnügen die Nacht bei ihrem Schwager, dem Kutcher Bierbach, zugebracht hatte, zuerst dem Vortier des Hauses überbracht worden. Man war zuerst der Ansicht, daß ein Selbstmord vorläge, und diese Meinung wurde durch die Machus bestätigt, indem sie angab, daß ihre Dienstherrin an Verfolgungswahnsinn gelitten habe. Das Ergebniß der Leichenöffnung ließ es aber zweifellos erscheinen, daß es sich hier um einen Mord handelte, und der Verdacht, welcher sich nun gegen die Machus richtete, fand bald seine volle Bestätigung. Bei der vorgenommenen Leichenöffnung der Verdächtigen wurden nämlich in der Tournüre versteckt 400 Mk. in Banknoten, 60 Mk. in Gold, 3 Mk. in Silber, sowie eine Uhr mit Kette, ferner im Hufstutter in Band eingewickelt und eingenäht 60 Mk. in Gold vorgefunden. Die Angeklagte hat denn auch bald die That eingestanden, über die Einzelheiten derselben aber verschiedene Angaben gemacht. Ihr Bestreben ging vornehmlich dahin, daß sie die That nicht mit Ueberlegung, sondern im Affekt verübt habe. Nach ihrer Darstellung im Vorverfahren wäre Fräulein Adler, nachdem sie auf dem Sopha ein Mittagsschlafchen gehalten, an das Buffet getreten, hätte die Machus hereingerufen und sie wegen schlecht gepuhter Messer zur Rede gestellt. Dabei hätte sie das Tranchirmesser in der Hand gehabt, welches ihr die Angeklagte weggenommen und damit auf ihre Dienstherrin losgeschossen haben will, wobei sie ihr gleichzeitig die Kehle steif zudrückte. Nach den Ermittlungen der Anklagebehörde soll die Angeklagte ihre Unthat aber keineswegs im Affekt, sondern bei voller Ueberlegung ausgeführt haben, nachdem der Plan dazu schon seit dem 3. Oktober langsam in ihrem Innern gereift war. Sie hatte nämlich am 3. Oktober einem Geldbrieftäger geöffnet, welcher dem Fräulein Adler 450 Mark überbrachte, außerdem hatte sie viel Geld in dem Portemonnaie ihrer Dienstherrin gesehen. Die Angeklagte ist, wie schon erwähnt, am dem Abende des Mordes, nachdem sie die Schlüssel zur Adlerschen Wohnung bei ihrer Schwester Bierbach zurückgelassen, mit zwei Freundinnen zum Tanze gegangen. Von dort in der Nacht zurückgekehrt, begab sie sich zunächst nach dem Hause der Adler zurück, traute sich jedoch nicht, die Wohnung zu betreten, sondern ging wieder zu ihrem Schwager Bierbach und verblieb dort die Nacht über. Von den bei ihr beschlagnahmten Geldern und Werthsachen rührten nur 520 Mark, nämlich 400 Mark in Banknoten und die 6 Zwanzigmarkstücke von Fräulein Adler her, die übrigen Gegenstände giebt die Angeklagte für ihr rechtmäßiges Eigentum aus. Diese 520 Mark waren ein Theil eines Depots von 1593 Mark des Rentiers Wilius, welcher mit seiner Schwester täglich bei der Adler zu Mittag speiste. Der Rest von 1073 Mark wurde unverehrt im Schreibsekretär vorgefunden. Soweit in kurzen Zügen die den Mord begleitenden Thatumstände. Bezüglich des Mordes selbst, welcher der Angeklagten zur Last fällt handelt es sich um Folgendes: Am 28. September benutzte die Angeklagte, als sie auf Befehl des Fräulein Adler an deren Schreibtisch saß und einen Brief nach Diktat schrieb, einen Augenblick, wo Fräulein Adler das Zimmer verließ, um aus dem geöffneten Schreibtisch aus einem in demselben liegenden Portemonnaie 320 Mark zu entnehmen. Als Fräulein Adler an demselben Tage den Verlust merkte und der Machus den Diebstahl auf den Kopf zusagte, räumte diese den Diebstahl ein, holte das Geld, welches sie im Keller verborgen haben wollte, hervor und gab es der Adler zurück. Den Vorfall im Schwurgerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Bransiewer, die Anklage vertritt Staatsanwalt Hoppe, die Vertheidigung führt H. A. Paul Jonas. Aus den Antworten der Angeklagten über ihre Personallien geht hervor, daß sie am 17. Mai 1873 in Neudar, Kreis Schwerin, geboren, evangelischer Religion und unbefristet ist. Ihr seit 6 Jahren verstorbenen Vater war Arbeiter, nach seinem Tode blieb die Angeklagte zunächst bei ihrer Mutter, nach ihrer Konfirmation half sie ihrer Mutter, ging dann als Dienstmädchen in ein Schweriner Hotel und kam im August 1891 nach Berlin,

